

Luzerner Raiffeisenbanken steigern Umsatz und Gewinn

JAHRESBILANZ Trotz des hart umkämpften Marktes mit anhaltend tiefen Hypothekenzinsen konnten im letzten Jahr die 22 genossenschaftlich organisierten Raiffeisenbanken im Kanton Luzern die Bilanzsumme von 8,6 Milliarden Franken auf 9,1 Milliarden Franken steigern. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 474,4 Millionen Franken oder 5,5%, wie der Luzerner Verband der Raiffeisenkassen an seiner Bilanz-Medienkonferenz vom Dienstag berichtete.

Bruttogewinn erhöht

Der Bruttogewinn ist mit 53,9 Millionen Franken um 4,9 Millionen Franken oder 10% höher ausgefallen. Der ausgewiesene Jahresgewinn beträgt gemäss Medienmitteilung 9,3 Millionen Franken und ist um 6,7% angestiegen.

Hypotheken - erneut Marktanteil gesteigert

Die Raiffeisenbanken im Kanton Luzern konnten 2013 erneut ein Wachstum verzeichnen. Die Hypothekenausleihungen nahmen um 6,2% auf 7,7 Milliarden Franken zu. Mit diesem Wachstum bauten die Raiffeisenbanken ihren Marktanteil weiterhin aus. «Alle Raiffeisenbanken beurteilen jede Anfrage sorgfältig und individuell nach strengen Richtlinien», heisst es in der Medienmitteilung. Dank dieser konservativen und strengen Belehnungspraxis bleibe das Risiko für die Banken tief, auch wenn die Zinsen steigen oder die Immobilienpreise wider Erwarten sinken sollten.

Weiterhin starker Anstieg der Kundengelder

Die Kundengelder wuchsen auf 7,3 Milliarden Franken (+5,7%) an. Insbesondere der Anstieg der Spar- und Anlagegelder mit einem Zuwachs von 424,9 Millionen Franken (+7,3%) führte gemäss Medienmitteilung zu diesem erfreulichen Ergebnis.

Das verwaltete Depotvolumen ist um 18,9 Millionen Franken oder 1,5% auf 1,3 Milliarden Franken gesunken. Diese Reduktion ist auf die Ausbuchung von deponierten eigenen Kasensobligationen, welche im 2013 fällig wurden, zurückzuführen.

Erfolg aus dem Zinsengeschäft

Der Erfolg aus dem Zinsengeschäft – bei Raiffeisen der wesentlichste Ertragsbestandteil – stieg um 2,8% auf 108,6 Millionen Franken an. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft erhöhte sich um 16,8%.

«Die 22 Raiffeisenbanken konnten den Personalaufwand dank gezielter Effizienzsteigerung um 1,1% senken», heisst es in der Medienmitteilung. Dem tieferen Personalaufwand stand jedoch ein höherer Sachaufwand gegenüber, was zu einem Anstieg des Geschäftsaufwandes um lediglich 1,3% führte.

Der Mensch im Mittelpunkt

Erfreulich für Raiffeisen ist das Wachstum der einzelnen Genossenschaften. Am 31. Dezember 2013 zählten die 22 Luzerner Raiffeisenbanken 126 672 Mitglieder, welche «die Raiffeisenwerte wie Nähe, Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit schätzen». Dies bedeutet einen Zuwachs von 2572 Genossenschafterinnen und Genossenschäftlern.

Die Raiffeisenbanken bleiben wichtige Arbeitgeber im Kanton Luzern. Der Personalbestand betrug per Ende 2013 teilzeitbereinigt 338 Stelleneinheiten, aufgeteilt auf über 420 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Berichtsjahr hat sich Raiffeisen wiederum in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit als Partner engagiert. Dabei konnten viele regionale Projekte und Institutionen von Raiffeisen profitieren.

Gute Aussichten

Die Raiffeisenbanken blicken zuversichtlich in die Zukunft. Bei allem Optimismus stehe aber weiterhin die Verantwortung gegenüber den Kunden im Zentrum, heisst es in der Medienmitteilung. In der Finanzbranche würden immer mehr Regulierungen zu riesigen Kostentreibern. Um diesem komplexen Spannungsfeld zwischen Kunden und Kosten gerecht zu bleiben, werde kontinuierlich an der strategischen Positionierung und Kostenoptimierungen gearbeitet, schreibt der Luzerner Verband der Raiffeisenbanken.

Bernard Kobler tritt ab

KANTONALBANK Der LUKB-Chef wird wegen Affäre zur Belastung und tritt ab. Der Ex-Chef steht weiterhin auf der Lohnliste der Bank.

Der Direktor der Luzerner Kantonalbank (LUKB), Bernard Kobler, hat wegen einer vor einem Monat bekannt gewordenen Affäre den Sessel geräumt. Er will damit einem Konzernchef Platz machen, der unbelastet und voll handlungsfähig ist.

Der 56-jährige Kobler hatte die LUKB, zu der er 1998 von der SBG (heute: UBS) gestossen war, seit 2004 geführt. Bis ein neuer CEO im Amt ist, wird die Bank interimistisch vom Chef des Retailbanking, Daniel Salzmann, geführt, wie die LUKB am Dienstag mitteilte.

Obwohl Kobler per sofort als CEO zurückgetreten ist, muss er in der nächsten Zeit gemäss Austrittsvereinbarung der LUKB zur Verfügung stehen, dies damit die Übergabe reibungslos verlaufe. Kobler erhält bis zu seinem definitiven Austritt und längstens bis am 31. Januar 2015 ein Fixsalär in der bisherigen Höhe. Er wird weder einen Bonus noch eine Abgangsentschädigung erhalten. Kobler erhielt 2012 einen Fixlohn von 480 000 Franken.

Weniger privat als erhofft

Kobler wurde zum Verhängnis, dass die Affäre, die von der LUKB zunächst als rein privat eingestuft worden war, öffentliches Interesse erregte. Er hätte



Stolperte über ein private Affäre: Bernard Kobler. Foto zvg

te für die Bank zur Belastung werden können.

Gegen seine Person sei eine «massive Kampagne» geführt worden, sagte Kobler gegenüber der Nachrichtenagentur sda. Die Angelegenheit habe das Potenzial, seine Handlungsfähigkeit einzuschränken.

Der Verwaltungsrat der LUKB, die an der Börse kotiert ist und zu den zehn grössten Banken gehört, zog den gleichen Schluss. Der CEO brauche eine hundertprozentige Rückendeckung, denn eine Bank verkaufe Vertrauen, sagte Verwaltungsratspräsident Mark Bachmann.

Kein überhasteter Entscheid

Der Einschätzung vorausgegangen war gemäss Bachmann eine systematische Analyse der Reaktionen von Kunden, Aktionären und Mitarbeitern. Die Mitarbeiter hätten sich oft wegen der Angelegenheit erklären müssen, sagte der Verwaltungsratspräsident.

Der Rücktritt sei ein Entscheid mit Blick nach vorn, sagte Bachmann. Er sei zeitgerecht, aber ohne Zeitdruck gefällt worden.

Zwischen dem Chef der Bank und dem Verwaltungsrat hat gemäss Bachmann vorgängig ein enger Austausch stattgefunden. Bernard Kobler sagte, er habe seinen Rücktritt in Absprache mit dem Verwaltungsrat beschlossen.

Kein materieller Schaden

Der Verwaltungsratspräsident erklärte, es sei ein Zeichen von Grösse, dass Kobler die Interessen der Bank über die eigenen stelle. In der Bank habe sich Kobler nichts zu Schulden kommen lassen. Bachmann und Kobler betonten, dass der Bank durch die Affäre kein materieller Schaden entstanden sei.

Kobler und seine Ex-Geliebte, mit der er ein gemeinsames Kind hat, hatten gegenseitig Strafklagen eingereicht, diese kurz vor Weihnachten 2013 aber zurückgezogen. Weil es sich bei den Vorwürfen um Offizialsdelikte handelt, ist das Dossier noch immer bei der Staatsanwaltschaft pendent, wie ein Polizeisprecher auf Anfrage erklärte.

Godi Koch zum neuen CEO gewählt

PILATUS-BAHNEN Der Grosswanger Godi Koch wird neuer CEO der Pilatus-Bahnen AG. Er folgt auf André Zimmermann.

Zimmermann verlässt das Unternehmen per Ende Mai nach zwölf Jahren als CEO auf eigenen Wunsch, wie die Pilatus-Bahnen gestern Donnerstag mitteilten. Der 44-Jährige wird auf den 1. Juli 2014 bei den Pilatus Flugzeugwerken eine leitende Position übernehmen.



Godi Koch. Foto zvg

Zum Nachfolger Zimmermanns wurde vom Verwaltungsrat der aktuelle CFO, Godi Koch, gewählt. Koch ist seit Oktober 2006 Leiter Finanzen & Controlling sowie stellvertretender CEO der Pilatus-Bahnen. Der 51-Jährige aus Grosswangen übernimmt die neue Funktion als CEO auf den 1. Juni 2014. «Mit Godi Koch konnte der Verwaltungsrat eine ausgezeichnete interne Lösung für die CEO-Nachfolge finden und setzt damit auf Stabilität und Kontinuität», hält VR-Präsident Oscar J. Schwenk fest.

Zweimal Ja und zweimal Nein

FDP-FRAUEN Der Vorstand der FDP. Die Liberalen Frauen Kanton Luzern hat für die kommenden Abstimmungen vom 9. Februar die folgenden Parolen gefasst:

Bei den eidgenössischen Vorlagen sagen die FDP-Frauen Ja zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI). Nein hingegen sagen sie sowohl zur Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» als auch zur Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung».

Zur einzigen kantonalen Abstimmungsvorlage, der Volksinitiative «Abschaffung der Liegenschaftssteuer», haben die FDP-Frauen die Ja-Parole beschlossen, wie sie in ihrer Medienmitteilung schreiben.

SVP will Liegenschaftssteuer abschaffen

KORRIGENDA Die Delegierten der Luzerner SVP fassten einstimmig die Ja-Parole zur Abstimmung «Abschaffung der Liegenschaftssteuer» vom 9. Februar. Im WB-Bericht vom 14. Januar entstand wegen einer falschen Formulierung der Eindruck, dass die SVP die Vorlage ablehne. Wir entschuldigen uns für diesen Fehler.

Harter Schlagabtausch am AWG-Podium

LUZERN Befürworter und Gegner lieferten sich an einem Podium der AWG in Luzern einen harten Schlagabtausch. 180 Personen besuchten das AWG-Podium.

«Spannender als die Arena», so einer der 180 Personen im Publikum der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft AWG Kanton Luzern. Tatsächlich, Gegner und Befürworter der SVP-Masseneinwanderungsinitiative schenken sich nichts.

«Fast wie in Nordkorea»

«Es wird enger in der Schweiz», warnte der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr. Statt das Problem ernst zu nehmen, treten die Wirtschaftsverbände der Schweiz geschlossen vor die Medien, «fast so wie in Nordkorea».

Der Schenkoner SVP-Kantonsrat und Unternehmer Rolf Bossert kritisierte den Bundesrat, der das Volk täusche. «Ursprünglich sprach der Bundesrat von 8000 Zuwanderern, jetzt sind es zehn Mal mehr.»

Warnung vor Bürokratie

Nicht weniger zimperlich waren die Gegner. Es sei Illusion und Etikettenschwandel der Initianten, wenn sie meinen, bei einem Ja könne die Schweiz der EU neue Zugeständnisse abgewinnen, sagte CVP-Präsident Christophe Darbellay. «Die SVP-Initiative gefähr-



Top Besetzung am AWG-Podium, von links: Hans Aregger, Hans Fehr, Yves Rossier, Christophe Darbellay, Rolf Bossart, Fritz Burkhalter, Erika Rohrer und Dominik Utiger. Foto Nicole Badertscher

det den Wohlstand der Schweiz, trotz Zuwanderung haben wir Vollbeschäftigung.» Für Darbellay ist ein Nein zur Zuwanderungsinitiative die wichtigste Vorlage dieser Legislatur.

Deutliche Worte auch vom Buttisholzer Bauunternehmer und CVP-Kantonsrat Hans Aregger. «Es ist ein Spiel mit dem Feuer, wenn wir die Bilateralen Verträge mit dieser Initiati-

ve gefährden.» Die Wirtschaft sei auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen. Gar nichts hält Aregger von der Kontingentslösung. «Da würde uns die SVP mit einer riesigen Bürokratie beschneiden. Nein danke.»

Klinik St. Anna braucht Personal

Die AWG führte den Anlass in der Hirslanden Klinik St. Anna durch. Direktor

Dominik Utiger und Pflegedirektorin Erika Rohrer zeigten auf, dass die Klinik medizinisches und pflegerisches Fachpersonal aus dem EU-Raum brauche.

Fritz Burkhalter vom Swiss German Club beschrieb das Verhältnis zwischen Deutschen und Schweizern. Staatssekretär Yves Rossier erläuterte die schweizerische Aussenpolitik.